

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 25 | 19.06.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 48/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Umsatzsteuergesetz 1994 und das Schaumweinsteuergesetz 1995 geändert werden (**19. COVID-19-Gesetz**) (Unterstützung der von der COVID-19 Krise besonders betroffenen Gastronomie durch Erhöhungen und Änderungen der Pauschalierung für die Gastwirtschaft; Abzugsfähigkeit von Aufwendungen oder Ausgaben für die werbewirksame Bewirtung von Geschäftsfreunden)

[BGBl I 49/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Errichtung eines Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds erlassen wird und Bundesgesetz, mit dem das COVID-19-Förderungsprüfungsgesetzes geändert wird (**20. COVID-19-Gesetz**) (Sicherstellung der Aufrechterhaltung der gemeinnützigen Tätigkeit der betroffenen Organisationen durch den NPO-Fonds, um so einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der COVID-19 Krise leisten zu können; Ermöglichung der nachträglichen Prüfung von Förderungen aus dem Non-Profit-Organisationen Unterstützungsfonds durch die Finanzverwaltung)

[BGBl I 50/2020](#)

Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutz vor Gefahren durch ionisierende Strahlung (**Strahlenschutzgesetz 2020 – StrSchG 2020**) (Umsetzung der RL 2013/59/Euratom zur Festlegung grundlegender Sicherheitsnormen für den Schutz vor den Gefahren einer Exposition gegenüber ionisierender Strahlung in österreichisches Recht; diese RL legt grundlegende Sicherheitsstandards zum Schutz der Gesundheit von Arbeitnehmern, der Bevölkerung, Patienten und anderer Personen vor den Gefahren durch ionisierende Strahlung fest)

[BGBl I 51/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitsmarktservicegesetz** geändert wird (Änderung des § 37b ArbeitsmarktserviceG soll die Lohnabrechnung der infolge der Covid-19 Krise gestellten hohen Anzahl von Kurzarbeitsanträgen vereinfachen und erleichtern)

[BGBl I 52/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz** geändert wird (redaktionelle Richtigstellung)

[BGBl I 53/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Biozidproduktegesetz** geändert wird (Durchführung der BiozidprodukteVO bzw Änderung des BiozidprodukteG, um neuere Entwicklungen in diesem Bereich zu berücksichtigen; rechtliche Verankerung der Möglichkeit, insb aus Umwelt- und Gesundheitsschutzgründen, Risikominderungsmaßnahmen iSd Art 37 der VO [EU] Nr. 528/2012 über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten im Rahmen von Zulassungen zu treffen)

[BGBl I 54/2020](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesgesetz über die Prüfung lohnabhängiger Abgaben und Beiträge**, das **Einkommensteuergesetz 1988**, das **Kommunalsteuergesetz 1993**, das **Allgemeine Sozialversicherungsgesetz**, das **Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz** und das **Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz** geändert werden (Festhalten am Prüfdienst als Einrichtung der Bundesfinanzverwaltung, jedoch Umbenennung in „Prüfdienst für Lohnabgaben und Beiträge – PLB“; Österreichischen Gesundheitskasse kommt nunmehr [wieder] die Kompetenz zur Prüfung von lohnabhängigen Abgaben und Beiträgen zu)

[BGBl II 265/2020](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit welcher der Zeitpunkt des Ablaufs der Gültigkeit der im Schifffahrtsgesetz und in den aufgrund des Schifffahrtsgesetzes erlassenen Verordnungen geregelten Dokumente, Urkunden, Nachweise und dergleichen mit zeitlich begrenzter Gültigkeit verschoben wird (**1. COVID-19-Verordnung – Schifffahrt**)

[BGBl II 266/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (**5. COVID-19-LV-Novelle**)

[BGBl II 267/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die **Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien über die Ergreifung von finanziellen Maßnahmen, die zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit und zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten von Unternehmen** im Zusammenhang mit der Ausbreitung des Erregers SARS-CoV-2 und den dadurch verursachten wirtschaftlichen Auswirkungen geboten sind, geändert wird

[BGBl II 268/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung über die Durchführung von Ergänzungsunterricht (Sommerschule 2020) während der Hauptferien des Schuljahres 2019/20 (**C-SoSch-VO 2020**)

[BGBl II 269/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Verordnung über das Landeverbot für Luftfahrzeuge aus SARS-CoV-2 Risikogebieten** und die **Verordnung über die Einreise nach Österreich in Zusammenhang mit der Eindämmung von SARS-CoV-2** geändert werden

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 176 v 05.06.2020, 11](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2020/745 der Kommission vom 4. Juni 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1042 hinsichtlich der **Verschiebung der Anwendungsfristen** bestimmter Maßnahmen im Zusammenhang mit der **COVID-19-Pandemie**

[ABI L 176 v 05.06.2020, 13](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2020/746 der Kommission vom 4. Juni 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2019/947 hinsichtlich der **Verschiebung der Anwendungsfristen** bestimmter Maßnahmen im Zusammenhang mit der **COVID-19-Pandemie**

[ABI L 177 v 05.06.2020, 1](#)

Verordnung (EU) 2020/740 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 über die **Kennzeichnung von Reifen** in Bezug auf die **Kraftstoffeffizienz** und andere Parameter, zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1369 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 1222/2009

[ABI L 177 v 05.06.2020, 32](#)

Verordnung (EU) 2020/741 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 2020 über **Mindestanforderungen** an die **Wasserwiederverwendung**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

25.02.2020, [A 27/2019](#)

GlücksspielG; Stattgabe einer Klage gegen das Land Tirol betreffend die **Zahlung von Verfahrenskosten** für ein Verfahren vor einer Bezirkshauptmannschaft wegen einer Strafe nach dem GlücksspielG mangels rechtlicher Grundlage; Abweisung des Klagebegehrens gegen das Land mangels Passivlegitimation wegen Vollzugskompetenz des Bundes in Glücksspielangelegenheiten

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

27.04.2020, [Ra 2020/17/0013](#)

GlücksspielG; **VStG**; **Vorabentscheidungsersuchen** an den EuGH hinsichtlich der Frage, ob das nationale Gericht in einem Strafverfahren, das zum Schutze einer **Monopolregelung** geführt wird, die von ihm anzuwendende Strafsanktionsnorm im Lichte der Dienstleistungsfreiheit zu prüfen hat, wenn es bereits zuvor die Monopolregelung entsprechend den Vorgaben des EuGH geprüft hat und diese Prüfung ergeben hat, dass die Monopolregelung gerechtfertigt ist; zudem stehen weitere Fragen zur Spezifizierung im Raum

06.05.2020, [Ra 2018/11/0042](#)

ÄrzteG; **BeitragsO für den Wohlfahrtsfonds der Ärztekammer für Wien**; Turnusärzte sind sowohl Ärzte, die sich in Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin befinden, als auch Ärzte, die in Ausbildung zum Facharzt stehen – selbst wenn Letztere bereits eine **selbständige Berufsausübungsberechtigung** als Arzt für Allgemeinmedizin erworben haben; da ein Turnusarzt nur zur unselbständigen Berufsausübung gem § 3 Abs 3 ÄrzteG berechtigt ist, hat er auch lediglich den **verringerten Fondsbeitrag** nach Abschnitt I Abs 10 BeitragsO für den Wohlfahrtsfonds der Ärztekammer für Wien zu entrichten

22.05.2020, [Ra 2019/02/0089](#)

NÖ HundehalterG; aus § 1 Abs 2 NÖ HundehalterG ist keine generelle Verpflichtung zur Herstellung und Instandhaltung der **Einfriedung von Grundstücken**, um das Verlassen dort gehaltener Hunde aus eigenem Antrieb zu verhindern, ableitbar; vielmehr dürfen bei Nichteinhaltung dieser Sicherheitsmaßnahmen Hunde dort nicht ohne Aufsicht verwahrt werden

25.05.2020, [Ra 2019/09/0026](#)

ÄrzteG; **Bundesgesetz über die Durchführung von ästhetischen Behandlungen und Operationen**; aus dem Wortlaut des § 8 Abs 1 Bundesgesetz über die Durchführung von ästhetischen Behandlungen und Operationen ergibt sich, dass der Gesetzgeber Ärzte dazu verpflichtet, sich im Zusammenhang mit der **Durchführung ästhetischer Behandlungen oder Operationen**

jeder unsachlichen (**Selbst-)Anpreisung bzw Werbung** zu enthalten; dadurch soll möglichst jede unsachliche, suggestive, verharmlosende und realitätsverzerrende Beeinflussung des medizinischen Laien sowie eine Irreführung der Patienten verhindert werden

27.05.2020, [Ro 2019/09/0008](#)

ÄrzteG; StPO; da das ÄrzteG bereits für die Frage der Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens ausdrücklich die sinngemäße Anwendung der StPO anordnet und das AVG, auf das im Übrigen verwiesen wird, hierfür ebenfalls keine abweichende Regelung enthält, ist auch im **Disziplinarverfahren nach dem ÄrzteG** im Falle des Ausscheidens des Disziplinarbeschuldigten aus der Ärzteliste während anhängigen Disziplinarverfahren – analog der Regelung des Disziplinarstatus der Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter – in sinngemäßer Anwendung der StPO abzubrechen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Nö 29.05.2020, [LVwG-AV-453/001-2020](#)

EpidemieG; VwGVG; Kranken, krankheitsverdächtigen oder ansteckungsverdächtigen Personen, welchen gegenüber eine **freiheitsbeschränkende Maßnahme** in Form einer Absonderung verfügt wurde, steht die Möglichkeit einer gerichtlichen Überprüfung offen; die Überprüfung der Freiheitsbeschränkung durch das BG, in dessen Sprengel der Anhaltungsort liegt, steht daher nicht nur – dem Gesetzeswortlaut entsprechend – angehaltenen Personen offen, sondern können auch jene Personen, die im Verkehr mit der Außenwelt durch Absonderungsmaßnahmen beschränkt wurden, die Überprüfung durch das BG beantragen; es entspricht nicht dem Willen des Gesetzgebers, dass die Entscheidung betreffend die Überprüfung der **Zulässigkeit der Absonderung** an sich, dem BG obliegt, hingegen das LVwG über die Dauer der Absonderungsmaßnahme zu entscheiden hat; die Entscheidung durch das BG umfasst daher auch die Dauer der Absonderungsmaßnahme

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[18.06.2020, Rs C-78/18, Kommission/Ungarn \(Transparence associative\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Zulässigkeit – Art 63 AEUV – Kapitalverkehrsfreiheit – Vorliegen einer Beschränkung – Beweislast – Mit der **Herkunft des Kapitals** verknüpfte mittelbare Diskriminierung – Art 12 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Recht auf Vereinigungsfreiheit – Nationale Regelung, mit der Vereinigungen, die finanzielle Unterstützung aus anderen Mitgliedstaaten oder Drittstaaten erhalten, **sanktionsbewehrte Registrierungs-, Melde- und Offenlegungspflichten** auferlegt werden – Art 7 der Charta der Grundrechte – Recht auf Achtung des Privatlebens – Art 8 Abs 1 der Charta der **Grundrechte** – Recht auf Schutz personenbezogener Daten – Nationale Regelung, die vorschreibt, Informationen über Personen, die Vereinigungen finanziell unterstützen, und über die Höhe dieser Unterstützung zu verbreiten – Rechtfertigung – Zwingender Grund des Allgemeininteresses – Transparenz der Finanzierung von Vereinigungen – Art 65 AEUV – Öffentliche Ordnung – Öffentliche Sicherheit – Bekämpfung der Geldwäsche, der **Terrorismusfinanzierung** und der organisierten Kriminalität – Art 52 Abs 1 der Charta der Grundrechte

[18.06.2020, Rs C-276/18, KrakVet Marek Batko](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 33 – Bestimmung des Ortes des **steuerbaren Umsatzes** – Lieferung von Gegenständen mit Beförderung – **Lieferung von Gegenständen**, die durch den Lieferer oder für dessen Rechnung versandt oder befördert werden – Verordnung (EU) Nr 904/2010 – Art 7, 13 und 28 bis 30 – Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten – **Informationsaustausch**

[18.06.2020, Rs C-639/18, Sparkasse Südholstein](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Fernabsatz von Finanzdienstleistungen – Richtlinie 2002/65/EG – Art 1 – Geltungsbereich – **Verträge über Finanzdienstleistungen**, die eine erstmalige Dienstleistungsvereinbarung mit daran anschließenden aufeinanderfolgenden Vorgängen umfassen – Geltung der Richtlinie 2002/65/EG nur für die erste Vereinbarung

– Art 2 Buchst a – Begriff ‚Finanzdienstleistungen betreffender Vertrag‘ – Änderungsvereinbarung zu einem Darlehensvertrag, durch die der **ursprünglich vereinbarte Zinssatz geändert** wird

[18.06.2020, Rs C-702/18 P, Primart/EUIPO](#)

Rechtsmittel – Unionsmarke – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Anmeldung der **Unionsbildmarke PRIMART** Marek Łukasiewicz – **Ältere nationale Marke PRIMA** – Art 8 Abs 1 Buchst b – Relatives Eintragungshindernis – **Verwechslungsgefahr** – Art 76 Abs 1 – Umfang der Kontrolle durch das Gericht der Europäischen Union

[18.06.2020, Rs C-754/18, Ryanair Designated Activity Company](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Unionsbürgerschaft – Richtlinie 2004/38/EG – Art 5, 10 und 20 – Recht eines Drittstaatsangehörigen, der **Familienangehöriger eines Unionsbürgers** ist, auf Einreise in einen Mitgliedstaat – Nachweis der Inhaberschaft eines solchen Rechts – Besitz einer Aufenthaltskarte für Familienangehörige eines Unionsbürgers – **Besitz einer Daueraufenthaltskarte**

[18.06.2020, Rs C-831/18 P, Kommission/RQ](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Beamte – Generaldirektor des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (**OLAF**) – **Befreiung von der Gerichtsbarkeit** – Beschluss über die Aufhebung – Beschwerende Maßnahme – **Verteidigungsrechte**

[18.06.2020, Rs C-142/19 P, Dovgan/EUIPO](#)

Rechtsmittel – Unionsmarke – Nichtigkeitsverfahren – Antrag auf Nichtigerklärung der **Wortmarke PLOMBIR** – Zurückweisung des **Antrags auf Nichtigerklärung** – Begründungspflicht – Verfälschung von Tatsachen und Beweise

[18.06.2020, Rs C-328/19, Porin kaupunki](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Aufträge – Richtlinie 2004/18/EG – Art 1 Abs 2 Buchst a – Öffentliche Aufträge auf dem Gebiet der Verkehrsdienste – Auf dem Modell der ‚**verantwortlichen Gemeinde**‘ im Sinne der finnischen Rechtsvorschriften beruhender Kooperationsvertrag zwischen Gemeinden zur Organisation und Erbringung von Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen – Übertragung der Zuständigkeiten für die Organisation der Dienstleistungen auf eine der Gemeinden im betreffenden Kooperationsgebiet – **In-House-Vertrag** – **Vergabe von Verkehrsdienstleistungsaufträgen** an eine vollständig im Eigentum der verantwortlichen Gemeinde stehende Gesellschaft ohne wettbewerbliches Vergabeverfahren

[18.06.2020, Rs C-340/19, Hydro Energo](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsamer Zolltarif – **Kombinierte Nomenklatur** – Tarifierung – Tarifposition 7407 – Stangen (Stäbe) und **Profile aus Kupfer** – Warmgewalzte rechteckige Blöcke aus Kupfer oder Kupferlegierungen

B. SCHLUSSANTRÄGE

[18.06.2020, Rs C-16/19, Szpital Kliniczny im. dra J. Babińskiego Samodzielny Publiczny Zakład Opieki Zdrowotnej ua \(GA Pitruzzella\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Sozialpolitik – **Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf** – Richtlinie 2000/78/EG – Verbot der Diskriminierung wegen einer Behinderung – Unterschiedliche Behandlung innerhalb der Kategorie der Arbeitnehmer mit **Behinderung**

[18.06.2020, Rs C-320/19, Ingredion Germany \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 2003/87/EG – System für den **Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten** – Art 3 Buchst h – Begriff ‚neuer Marktteilnehmer‘ – Art 10a – Übergangsregelung für die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten – Beschluss 2011/278/EU – Zuteilung kostenloser Emissionszertifikate an **neue Marktteilnehmer** – Anlagenteil mit Brennstoff-Benchmark – Art 18 Abs 1 Buchst c und Abs 2 Unterabs 2 – Bestimmung der **brennstoffbezogenen Aktivitätsrate** – Maßgeblicher Auslastungsfaktor – Begrenzung dieses Faktors auf einen Wert von weniger als 100 %

[18.06.2020, Rs C-321/19, Bundesrepublik Deutschland \(Détermination des taux des péages pour l'utilisation d'autoroutes\) \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch **schwere Nutzfahrzeuge** – Richtlinie 1999/62/EG – Richtlinie 2006/38/EG – **Berechnung der Mautgebühren** – Art 7 Abs 9 – Grundsatz der **Anlastung von Infrastrukturkosten** – Kosten der Verkehrspolizei – Betriebskosten – Externe Kosten – Kosten für die Kapitalverzinsung – Art 7a Abs 1 bis 3 – Unmittelbare Wirkung – Geringfügige Kostenüberschreitung – Nachträgliche Berechnung – Zeitliche Beschränkung der Urteilswirkungen

[18.06.2020, Rs C-433/19, Ellmes Property Services \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gerichtliche Zuständigkeit – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Begriff ‚**dingliche Rechte an unbeweglichen Sachen**‘ – Unterlassungsklage gegen einen Miteigentümer – **Touristische Nutzung**, die gegen die in der Wohnungseigentumsvereinbarung festgelegte Widmung als Wohnung verstößt

[18.06.2020, Rs C-540/19, WV \(Subrogation d'un organisme public au créancier d'aliments\) \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Zuständigkeit in Unterhaltssachen** – Ort des **gewöhnlichen Aufenthalts** des **Unterhaltsberechtigten** – Gesetzlicher Übergang des Unterhaltsanspruchs auf eine öffentliche Einrichtung

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

11.06.2020, Beschwerde Nr [15271/16](#), *Baldassi ua / Frankreich*

Keine Verletzung von **Art 7 EMRK** (keine Strafe ohne Gesetz); **Verletzung** von **Art 10 EMRK** (Meinungsfreiheit); Klage von palästinensischen Aktivisten (Bf), die wegen **Teilnahme an Aktionen zum Boykott von aus Israel importierten Produkten** strafrechtlich verurteilt wurden; Bf hätten wissen müssen, dass sie wahrscheinlich verurteilt werden würden; angefochtene Handlungen und Kommentare betrafen das **öffentliche Interesse** und stellten eine Form der **politischen** oder militanten **Außerung** dar; es liegt in der Natur der politischen Rede, kontrovers und virulent zu sein; Verurteilung der Bf hatte keine relevanten oder ausreichenden Gründe; keine Anwendung der Regeln im Einklang mit den in Art 10 EMRK dargelegten Grundsätzen und auch keine angemessene Bewertung des Sachverhalts durch die innerstaatlichen Gerichte

11.06.2020, Beschwerde Nr [7440/17](#), *P.N. / Deutschland*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Privatleben); polizeiliche Anordnung zur **Erhebung von Identifikationsdaten** (Fotos, Finger- und Handabdrücke und Beschreibung seiner Person) nach Eröffnung eines Strafverfahrens wegen **Hehlerei** gegen den Bf (Wiederholungstäter); Einstellung des Strafverfahrens mangels Beweisen; Maßnahme **gesetzeskonform**, da fairer Ausgleich zwischen den konkurrierenden Interessen; Aufbewahrung der betreffenden Daten, die weniger eingriffsintensiv sind als jene von Zellproben und DNA-Profilen; individualisierte Beurteilung der Frage, ob Bf wahrscheinlich einer neuen Straftat verdächtigt wird; Möglichkeit einer **gerichtlichen Überprüfung** vorhanden; kein Hinweis auf unzureichenden Schutz vor unbefugtem Zugriff auf die Daten oder deren Verbreitung; **begrenzte Dauer** der Datenspeicherung

16.06.2020, Beschwerde Nr [47443/14](#), *Boljević / Serbien*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Privat- und Familienleben); **Weigerung** der inländischen Gerichte, ein **Vaterschaftsverfahren** aus den 1970er Jahren aufgrund **Verjährung** wieder aufzunehmen; Bf behauptete, dass ihm dadurch die Möglichkeit vorenthalten wurde, seine Herkunft mit modernen DNA-Testmethoden nachzuweisen; Fristen in Vaterschaftsverfahren dienen der Rechtssicherheit; jedoch **kein ausreichender Grund**, dem Bf das Recht zu nehmen, die Wahrheit über einen wichtigen Aspekt seiner persönlichen Identität zu erfahren **ohne Abwägung der auf dem Spiel stehenden Interessen**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Nina Felbinger-Forster, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.